Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1894

159 (12.7.1894) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pfg. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 60 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 159. II. Blatt. Karlsruhe, Donnerstag, den 12. Juli. **1894.**

Deutsches Reich.

♂ **Berlin**, 10. Juli. Das Kaiserpaar, welches sich fortdauernd des besten Wohlseins erfreut, besichtigte gestern die Wasserfälle bei Voß in Norwegen. — Die Ausfuhr deutschen Zuckers betrug im Monat Juni d. J., verglichen mit der im gleichen Monat des Jahres 1893, Zucker der Klasse a. 278,689 Doppelzentner Netto (235,070), der Klasse b. 247,176 (183,160) und der Klasse c. 3654 (4461). — In den deutschen Münzstätten wurden im Monat Juni d. J. geprägt 4,410,160 M. in Doppelkronen, 269,307 M. in Fünfpfennigstücken und 12,320 M. in Einpfennigstücken. — Nach einer Zusammenstellung der im Ressort des preußischen Ministeriums der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten während des Jahres 1893 durch königliche Erlasse genehmigten Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen betrug die Zahl der gemachten Zuwendungen 392 und der Werth derselben rund 7,767,000 M. Der Betrag der in Geld gemachten Zuwendungen bezifferte sich auf 6,337,000 M. Den evangelischen Kirchen und Pfarrgemeinden wurden insgesammt 1,556,000 M., den katholischen Pfarrgemeinden und Kirchen 1,748,000 M., den evangelischen kirchlichen Anstalten, Stiftungen, Gesellschaften und Vereinen 744,000 M., den katholischen Anstalten Stiftungen u. s. w. 1,551,000 M. zugewendet.

Berlin, 10. Juli. In der Redaktion des Vorwärts fand gestern eine ergebnißlose polizeiliche Haussuchung statt nach dem Manuskript jener am Freitag im Vorwärts veröffentlichten vertraulichen Verfügung des Niederbarnimer Landraths Waldow, worin dieser die Gemeindebeamten zur Namhaftmachung der für den Militärdienst ausgehobenen Mannschaften, welche der sozialdemokratischen Partei angehören, auffordert. Gleichzeitig veröffentlicht der Vorwärts eine neue vertrauliche Verfügung, welche bezüglich der Veröffentlichung der ersten Verfügung Folgendes bemerkt: „Es muß angenommen werden, daß ein Exemplar dieser Verfügung entwendet worden ist, und ersuche ich zunächst, mir sofort und spätestens binnen drei Tagen die quästionirte Verfügung einzureichen.“ Landrath Waldow will also durch Rückforderung einzelner Exemplare der Verfügung da, wo diese nicht zurückgegeben werden kann, den Dieb entdecken, wobei er die Möglichkeit übersieht, daß die Verfügung nicht im Original entwendet, sondern nur abschriftlich dem Vorwärts zugegangen ist. Redaktionell bemerkt der Vorwärts, die Bemühungen des Landraths würden ergebnißlos sein. Gleichzeitig meldet dasselbe Blatt, daß im Kreise Teltow-Charlottenburg solche schwarze Listen, wie sie der Niederbarnimer Landrath einfordert, schon seit 2 Jahren gebräuchlich seien. — Während die Ablehnung der Aufhebung des Jesuitengesetzes im Bundesrath einstimmig erfolgte, ist die Abstimmung zu Gunsten der Redemptoristen nicht einstimmig erfolgt, mindestens die drei badischen Stimmen sind nicht dafür abgegeben worden. Der Beschluß des Bundesraths, auch den „Orden vom heiligen Geist,“ nämlich die sogenannten „weißen Väter“ vom Jesuitengesetz auszunehmen, ist anscheinend so zu verstehen, daß, wie bei den Kolonialverhandlungen des Reichstags erörtert ward, dem Orden der weißen Väter erlaubt werden soll, in Trier eine Erziehungsanstalt für seine später in die deutschen Kolonien zu entsendenden Angehörigen einzurichten. — Nach dem Berl. Tagebl. sollen ein hochgestellter Kavalier und dessen Geliebte Verfasser der Schmähbriefe sein, wegen welcher Kotze verhaftet war. Auch die neuesten Schmähbriefe befassen sich ausschließlich mit der Person der Gräfin Hohenau. (Frkf. Ztg.)

Frankreich.

♧ **Paris**, 10. Juli. Gestern traf in Lyon der Soldat Leblanc ein, der über eine in Cette bestehende Anarchistenverschwörung Eröffnungen gemacht hat. Heute soll derselbe mit Caserio, dem Mörder Carnot's, konfrontirt werden. Letzterer weiß von dessen Verhaftung noch nichts und ist sehr guten Muthes. Er ißt, trinkt, raucht und schläft gut und hat, wenn man ihm von der Gerichtsverhandlung spricht, in der er nächstens erscheinen soll, nur ein abfälliges Lächeln. Seine Mutter hat ihm mehrmals geschrieben und ihn gebeten, seine That zu bereuen und an den höchsten Richter zu denken. Er hat ihre Briefe kaum gelesen und sie keiner Antwort gewürdigt.

Italien.

Rom, 10. Juli. Hier herrscht über die selbst vom Wiener Fremdenblatt aufgenommenen Alarmnachrichten über das Befinden des Papstes die größte Verblüffung. An Allem ist kein Wörtchen wahr, der Papst befindet sich im besten Wohlsein. Die Ente entstammt vermuthlich derselben Offizin, wie neulich die Meldung über den angeblichen Aufstand auf der Insel Procida mit hundert und dreißig Todten, sowie die letzte Nachricht über die Ermordung eines reichen Turiner Gerbereibesitzers seitens der Anarchisten, welche ebenfalls aus der Luft gegriffen war. Wie mein Gewährsmann, der soeben vom Vatikan kommt, mir mittheilt, fühlt sich der Papst lange nicht so wohl, wie gegenwärtig, dasselbe wird mir auf eine telephonische Anfrage seitens des Osservatore bestätigt. — In hiesigen unterrichteten Kreisen ist, lt. Berl. Tgbl., von einer angeblichen starken Gährung in Kreta nichts bekannt, die in der europäischen Presse umlaufenden Alarmnachrichten werden als tendenziöse Erfindungen gewisser Athenischer Blätter bezeichnet.

Baden.

□ **Karlsruhe**, 11. Juli. S. Gr. H. der Prinz Max von Baden ist mit den großherzoglichen Herrschaften heute früh 8 Uhr 50 Min. nach Langenburg abgereist.

☿ **Mannheim**, 11. Juli. S. M. der Kaiser hat dem ehemaligen Chef in der Wißmanntruppe, Dr. phil. Bumiller hier, den Rothen Adlerorden 4. Klasse mit Schwertern verliehen.

Baden, 6. Juli. Am 4. und 5. Juli fand im Blumensaale des Konversationshauses hier der 26. Verbandstag der Unterbadischen Kreditgenossenschaften statt. Die erste Versammlung am 4. Juli wurde von Herrn Verbandsdirektor Finckh aus Karlsruhe um 7¼ Uhr Abends eröffnet. Anwesend waren: der Anwalt des Allgemeinen Verbandes deutscher Genossenschaften, Herr Friedrich Schenck aus Berlin, sowie 111 Vertreter von 40 Verbandsvereinen. Gemäß der provisorischen Tagesordnung wurde hierauf zur Wahl des Bureaus geschritten und zum Vorsitzenden Herr Verbandsdirektor Finckh-Karlsruhe und als dessen Stellvertreter Herr Notar W. Frick-Baden gewählt. Ferner wurden gewählt zu Schriftführern die Herren: Kontroleur Batzer-Baden und Kassier Amend-Oberkirch; zu Rechnungsrevisoren die Herren: Direktor Peter-Karlsruhe und Kontroleur Roth-Karlsruhe-Mühlburg. — Die von dem Herrn Verbandsdirektor bekannt gegebene Verbandsrechnung für 1893/94 weist eine Einnahme von 2824 M. 33 Pf. und eine Ausgabe von 2298 M. 54 Pf. nach, und schließt somit mit einem Ueberschuß von 525 M. 79 Pf. Der gleichzeitig vorgelegte Voranschlag für 1894/95, welcher mit einem Ueberschuß von 223 M. schließt, wird gut geheißen. Herr Finckh gedachte hierauf der hervorragenden Verdienste der im vergangenen Berichtsjahre leider verstorbenen Herren Meißner, Direktor der Deutschen Genossenschaftsbank in Frankfurt a. M., Ebner, Direktor der Gewerbebank Ulm, und Basler, Verbandsdirektor der Oberbadischen Kreditgenossenschaften, an deren Hinscheiden der Verband innigen Antheil nimmt. Zum äußeren Zeichen der Theilnahme erhoben sich sämmtliche Anwesenden von ihren Sitzen. Mit sehr dankenswerthem Entgegenkommen wurde den Delegirten der Verbandsvereine von dem städtischen Kur-Komite freier Eintritt auf die Promenade und von der großh. Badanstalten-Kommission freie Besichtigung des Friedrichsbades und des Kaiserin-Augusta-Bades gestattet. Nach Besichtigung der festlich beleuchteten Säle des Konversationshauses begab man sich in die Brauerei Bletzer, woselbst der Sängerbund „Hohenbaden“ den Garten überaus reich mit Lampions geschmückt und ein förmliches Gartenfest veranstaltet hatte. Die vorgetragenen Chöre fanden ungetheilten Beifall und hielten die Gäste bis spät in die Nacht versammelt. — Die Hauptversammlung am 5. Juli wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Verbandsdirektor Finckh Vormittags 8½ Uhr eröffnet und die Erschienenen von Herrn Bürgermeister Fieser im Auftrage und im Namen des Stadtrathes der Stadt Baden begrüßt. Herr Geh. Regierungsrath Haape übermittelte durch ein von Herrn Direktor Ch. Schäfer zur Kenntniß der Versammlung gebrachtes Schreiben ebenfalls die besten Wünsche für den Verlauf der heutigen Verhandlungen. Nachdem Herr Verbandsdirektor Finckh Herrn Bürgermeister Fieser für den Willkomm der Stadt Baden seinen Dank ausgesprochen, begrüßte Herr Direktor Schäfer die Versammlung Namens des Vorschußvereins Baden. Aus dem Bericht des Verbandsdirektors ist zu entnehmen, daß dem Unterbadischen Verbande 42 Vereine mit unbeschränkter Haftpflicht und 3 Vereine mit beschränkter Haftpflicht angehören. Diese 45 Vereine zählen 33,675 Mitglieder auf Ende 1893 und ist seit Ende 1892 eine Vermehrung von 587 Mitgliedern eingetreten. Die Verbandsvereine haben im Jahre 1893 ausgeliehen auf Vorschüsse, Schuldscheine, Wechsel und Güterzieler 46,841,817 M. und auf laufende Rechnung 69,813,682 M., zusammen 116,655,499 M. Im Jahre 1892 betrugen die ausgeliehenen Gelder 106,425,729 M., demnach ist im Jahr 1893 um rund 10,229,770 M. mehr Kredit gegeben worden. Auf den Kopf eines Mitgliedes treffen als Geldinanspruchnahme 3460 M. Vertheilt wurden als Reingewinn 595,835 M. wie folgt: 450,280 M. den Mitgliedern als Dividende, 109,417 M. Zuweisung zu den Reservefonds, 11,811 M. zu Abschreibungen, 10,422 M. zu Vortragungen, 9400 M. zu Pensionskassen-Stiftungen, 1000 M. für gemeinnützige Zwecke, 1605 M. zu Gratifikationen und 1000 M. für eine Unterstützung. Der Prozentsatz der vertheilten Dividende bewegt sich zwischen 4 bis 10 Proz. An Reservefonds und Mitgliederguthaben besitzen die Vereine 10,472,377 M., das sind 36 Proz. von den aufgenommenen Kapitalien, Anleihen, Spareinlagen und Accepten im Betrage von 28,984,629 M. Die Aktiva der 45 Vereine betragen 39,588,883 M. und haben sich diese gegen das Vorjahr durch Zuweisung zu den Reserven mit 113,211 M. und Neueinlagen auf Geschäftsguthaben mit 960,707 M. mit zusammen um 1,073,918 M. vermehrt. Nachdem noch Bruchsal als nächstjähriger Verbandsort gewählt und die Herren Finckh als Verbandsdirektor und Laux von Sinsheim als Stellvertreter wiedergewählt wurden, wurde die Sitzung und damit der geschäftliche Theil des diesjährigen Verbandstages geschlossen. — Nach beendeter ernster Arbeit begann um 5 Uhr Nachmittags das gemeinschaftliche Mittagessen im Restaurationssaale des Konversationshauses, an welchem 105 Personen theilnahmen. (B. Wbl.)

✕ **Sulzburg**, 10. Juli. Heute früh wurde hier mit den Erdarbeiten für die Bahn Krozingen-Sulzburg erstmals begonnen, nachdem bereits gestern die ersten Arbeitsgeräthe, sowie die Rollwagen und Schienen eingetroffen waren.

* **Aus Baden**, 11. Juli. In dem sogenannten Hummelsgraben in Mannheim ist das 3½ Jahre alte Söhnchen des Schiffbauers Franz Schecher ertrunken. — Im Rhein in Mannheim ertränkte sich am 10. Juni ein 16 Jahre altes Mädchen.

Städtische Nachrichten.

Karlsruhe, 11. Juli.

L (**Unfall.**) Gestern Nachmittag wurde vor dem Hause Marienstraße 13 ein 4 Jahre altes Mädchen von einem Radfahrer überfahren, wodurch das Kind einen Beinbruch erlitt.

* (**Prozeß Rodriguez.**) Die von einem Mannheimer Blatt ausgegangene Nachricht, daß in dem Prozeß Revision Seitens der Staatsanwaltschaft und des Verurtheilten eingelegt worden sei, erweist sich als unrichtig.

Bürgerausschußsitzung.

✕ Karlsruhe, 9. Juli.

Oberbürgermeister Schnetzler eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Anwesend sind 94 Mitglieder des Bürgerausschusses. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt Oberbürgermeister Schnetzler in kurzen, ehrenden Worten des verstorbenen Stadtrathsmitgliedes Widmann und ersucht das Kolegium sich zum ehrenden Andenken des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. Dem Ersuchen wird entsprochen. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Wahl eines Mitgliedes des Stadtraths. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Schnetzler, theilt mit, daß hierzu ein von Heimburger, Dessart, Bleß, Kühn, Ettlinger, Röser, Ulrich, Dieber, Weil und Bergmann unterzeichneter Antrag eingegangen ist, die Wahl eines Stadtrathsmitglieds bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Der Antrag entspreche zwar nicht der Geschäftsordnung, wenn sich aber kein Widerspruch erhebt, wolle er den Antrag zur Berathung stellen. Er bemerke übrigens, daß nicht der Bürgerausschuß, sondern der Stadtrath die Termine für die Stadtrathswahlen zu bestimmen habe. Es erhebt sich kein Widerspruch, worauf Stadtv. Heimburger das Wort zur Begründung des Antrags erhält. Der Antragsteller hält die Wahl eines Stadtrathsmitgliedes für zu wichtig, als daß durch einseitigen Mehrheitsbeschluß ihnen ein Stadtrath aufoktroirt werde, es müsse vielmehr eine Verständigung aller Faktoren herbeigeführt werden. Man erinnere sich noch, daß bei den letzten Stadtverordnetenwahlen ein Kompromiß zu Stande gekommen, das sich nicht nur auf die Stadtverordnetenwahl bezog, man habe auch den Demokraten und Freisinnigen und ebenso den Katholiken versprochen, ihnen bei eintretender Vakanz Vertretung im Stadtrath zu gewähren. Bei der ersten Gelegenheit, die sich in dieser Hinsicht geboten, habe man das Versprechen nicht eingelöst; man habe sich auf ältere, dem Gewählten gegebene Versprechen gestützt. Dieser Umstand liege jetzt nicht mehr vor und er halte die Zeit für günstig, das bei dem Kompromiß gegebene Versprechen einzulösen. Die Vertagung der Wahl liege im Interesse einer gemeinsamen Verständigung, damit eine Verbitterung verhütet werde. Er bitte um Annahme des Antrages. Oberbürgermeister Schnetzler ersucht, Abmachungen und Dinge, die außerhalb der Versammlung erörtert werden, hier nicht vorzubringen. Stadtrath Ludwig wundert sich, daß derartige Dinge hier zur Sprache gekommen sind, man habe Gelegenheit gehabt, vorher sich mit ihm in's Benehmen zu setzen und er habe die Ueberzeugung, daß es auch zu einem Resultat gekommen. Es sei ein großer Irrthum, zu glauben, daß es bei dem Kompromiß bei den letzten Stadtverordnetenwahlen zu Versprechungen bezüglich der Wahl von Stadträthen gekommen, es habe sich lediglich um ein Kompromiß für die Wahl von Stadtverordneten gehandelt. Als man von freisinnig-demokratischer Seite mit einem solchen Ansinnen hervorgetreten, habe der Stadtv. Fieser sie kurz und bündig abgewiesen. Nur in einem Privatgespräch sei von einer Wahl in den Stadtrath die Rede gewesen. Die Freisinnigen und Demokraten seien übrigens im Stadtrath durch den Stadtrath Homburger vertreten. Bezüglich der Vertretung der Katholiken im Stadtrath sei gesagt worden, es sei traurig, daß selbst bei solchen Wahlen zuerst nach der Konfession gefragt worden. Die Versprechungen, die beim Zustandekommen des Kompromisses gegeben, seien auch gehalten worden. Die Mitglieder des Stadtraths ziehen sich zur Berathung des Antrages Heimburger zurück. Nach kurzer Zeit theilt Oberbürgermeister Schnetzler mit, der Stadtrath habe beschlossen, für den Fall, daß die Mehrheit der Versammlung dies wünsche, die Wahl bis zur nächsten Sitzung des Bürgerausschusses zu verschieben. Hierfür spricht sich jedoch nur eine kleine Minderheit aus. Daraufhin wird die Wahl eines Mitgliedes des Stadtrathes vorgenommen. Es werden 72 Stimmen abgegeben, die sich sämmtlich auf Oberrechnungsrath Karl Reiß vereinigen. Die übrigen Anwesenden haben sich somit der Wahl enthalten. — Es folgt Berathung des Antrages betr. Ankauf des lutherischen Wäldchens um den Preis von 59,394 M., der aus Grundstocksmitteln bestritten werden soll. Nach dem zwischen dem Stadtrath der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe und dem Gemeinderath Daxlanden abgeschlossenen Vertrag umfaßt die Gewann „Lutherisch Wäldele“ 100 230 qm Geländefläche. Die auf der abgetretenen Waldfläche stehenden Bäume bleiben im Eigenthum der Gemeinde Daxlanden. Die Gemeinde Daxlanden verpflichtet sich jedoch, die Bäume der ganzen Fläche oder eines Theils derselben auf Verlangen der Stadtgemeinde Karlsruhe entweder zu entfernen oder an letztere zu Eigenthum abzutreten. Der von der Stadtgemeinde Karlsruhe für das abgetretene Gelände zu zahlende Preis beträgt 60 Pf. für das Quadratmeter, wobei jedoch die Wasserfläche des Landgrabens im Umfange von 1240 qm für die Berechnung außer Betracht bleibt. Bürgermeister Sigrist begründet und empfiehlt seitens des Stadtrathes die Vorlage zur Annahme. Unterm 6. Juni 1893 habe der Bürgerausschuß den Ankauf von 4500 qm Gelände im Gewann „Lutherisch Wäldele“ der Gemarkung Daxlanden behufs Errichtung eines Absonderungshauses für ansteckende Kranke gutgeheißen. Dieser Anlaß für die Erwerbung dieses Wäldchens werde nun zwar voraussichtlich in Wegfall kommen, wenn der Bürgerausschuß dem Ankauf der Appenmühle zustimme. — Gleichwohl habe der Stadtrath den Ankauf des Wäldchens beschlossen, weil das Terrain für andere Zwecke wichtig ist, vornehmlich für Bauzwecke. Es sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit der Errichtung eines Kanalhafens unmittelbar westlich des Lutherischen Wäldchens vorliegt, in welchem Falle der Besitz des letzteren für die Stadtgemeinde sich als ganz besonders werthvoll erweisen müßte, daß ferner sowohl für die Anlage eines Friedhofes im Westen der Stadt, welche über kurz oder lang nothwendig werden wird, als auch für die Erbauung eines neuen Krankenhauses das Lutherische Wäldchen seiner Lage und Beschaffenheit nach als geeignet zu bezeichnen ist. — St.-V. Ludin empfiehlt Seitens des Stadtverordnetenvorstandes die Vorlage zur Annahme. Bestimmend für diesen Vorschlag sei die Bedeutung des Lutherischen Wäldchens als Bauterrain gewesen. Auch sei der vereinbarte Kaufpreis ein mäßiger. Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen. — Zur Berathung gelangt nunmehr der Antrag des Stadtraths, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung geben, daß 1) die Appenmühle sammt zugehörigen Grundstücken, Gebäuden und Wasserkräften um den Preis von 280,000 M. für die Stadtgemeinde erworben und daß dieser Preis sammt den dazu kommenden Kaufkosten aus Anlehensmitteln bestritten werde, 2) das zu obigem Anwesen gehörige, auf dem Hochufer nördlich der Alb stehende Gebäude mit einem aus Wirthschaftsmitteln zu deckenden Aufwand von 6000 Mark als Isolirspital hergerichtet werde. Der Vorlage ist eine eingehende Begründung des Oberbürgermeisters Schnetzler beigegeben. Aus dieser Begründung geht hervor, daß die Appenmühle von dem früheren Besitzer, Müller Ludwig Schmitt, wiederholt der Stadtgemeinde zum Ankauf angeboten wurde. Der Stadtrath ließ sich jedoch auf weitere Verhandlungen nicht ein, weil ihm der geforderte Kaufpreis von 370,000 M. zu hoch schien und der Besitz der Mühle für die Stadt nicht unbedingt nöthig war. Unterdessen ist der Plan eines Stichkanals nach dem Rhein wieder aufgegriffen worden und hat in allen Kreisen der Bürgerschaft lebhafte Zustimmung gefunden. Daß der Kanal zur Ausführung komme, ist freilich z. Zt. noch unbestimmt, darf aber doch mit einiger Zuversicht gehofft werden, und jedenfalls muß sich die Gemeindebehörde für verpflichtet halten, diejenigen Hindernisse, die sich der Ausführung entgegen stellen, nach Kräften zu beseitigen. Ein solches Hinderniß ist nun aber die Appenmühle. Nachdem die jetzige Besitzerin der Mühle erklärt, daß sie den Mühlenbetrieb nicht weiter führen wolle, ist anzunehmen, daß an ihre Stelle zu gewinnbringender Ausnützung der vorhandenen Wasserkräfte entweder eine neue Kunstmühle, oder sonst ein größeres Etablissement errichtet würde. Solche Neubauten müßten aber dann, wenn der Rheinkanal ausgeführt werden soll, mit voraussichtlich sehr hohen Kosten angekauft oder im Zwangswege enteignet werden, und es ist die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß es sich dabei um Kosten handeln würde, welche die Ausführbarkeit des Kanals in Frage stellen könnten. Bei dieser Gelegenheit gibt Oberbürgermeister Schnetzler eine Uebersicht über den gegenwärtigen Bestand der Anlehensmittel. Am 1. Januar 1894 waren 311,323 M. 65 Pf. vorhanden, dazu kommen noch 900,000 M. die bei der Versorgungsanstalt aufgenommen werden können, wozu die Staatsgenehmigung bereits ertheilt ist, so daß sich die gesammten zur Verfügung stehenden Anlehensmittel einschließlich eingegangener Straßenkostenbeiträge von 65,555 M. 82 Pf. auf 1. Juli d. J. auf 1,276,879 M. 47 Pf. beziffern. Gegenüber diesen vorhandenen Mitteln stehen die bereits genehmigten Ausgaben im Gesammtbetrage von 1,517,910 M. 24 Pf., sodaß sich eine Unzulänglichkeit von 241,030 M. 77 Pf. ergibt, welche durch zu erwartende Grundstockseinnahmen gedeckt werden kann. Aus der Abtretung des Geländes für die strategische Bahn steht jetzt schon eine Einnahme von 184,361 M. in Aussicht, die die Generaldirektion der Staatseisenbahnen angeboten, während die Stadt 431,383 M. verlangt hat, weil sie das zum Bahnbau verwendete Gelände für das beste Baugelände hält. Mit der Generaldirektion der Staatsbahnen ist der Stadtrath übereingekommen, die Entscheidung dieser Frage einem Schiedsgericht zu übertragen und in wenig Wochen werde Klarheit bestehen, was für dieses Gelände bezahlt wird. Weiter werden aus dem Verkauf des Griesbach'schen Anwesens 308,294 Mark vereinnahmt. Die beschlossenen Aufwendungen seien zum Theil erst nach mehreren Monaten zu machen, sodaß voraussichtlich mit der Aufnahme eines Anlehens bis zum nächsten Jahre werde gewartet werden können. — Namens des Stadtverordnetenvorstandes befürwortet Stadtv. Schwindt die Vorlage, deren Annahme er hauptsächlich mit dem angestrebten Bau eines Stichkanals an den Rhein begründet, der Reinertrag der Appenmühle werde von 14,035 M. bis 16,533 M. angegeben. Der Werth der Wasserkräfte mache 184,000 M. aus. Das Gelände, das zur Appenmühle gehöre, umfasse ein Areal von 103,257 Quadratmeter, so daß sich der Ankaufspreis auf 2,71 M. für den Quadratmeter stelle, der Ankaufspreis sei somit ein relativ günstiger. Der Stadtverordnetenvorstand sei daher der Meinung, der Bürgerausschuß möge der Vorlage die Zustimmung geben. Auch den zweiten Theil der Vorlage, die Einrichtung eines Isolirkrankenhauses empfehle er zur Annahme. — Stadv. Dr. Weill: Ihm seien die Anträge, Grundeigenthum zu erwerben, immer sympathisch gewesen und er habe die Stadtverwaltung darin unterstützt. Für die Appenmühle treffen die sonst maßgebenden Gesichtspunkte nicht zu, er könne deßhalb der Vorlage nicht ohne Weiteres zustimmen. Auch finde er den Kaufpreis viel zu hoch. Vor noch nicht langer Zeit sei die Appenmühle noch nicht einmal zur Hälfte des angeforderten Preises zum Kauf ausgeboten worden. Wenn die Appenmühle lediglich mit Rücksicht auf den Kanal erworben werden soll, dann würde eine wilde Grundstücksspekulation herbeigeführt werden. Ein weiterer Grund sei der, daß wenn der Kanal gebaut werde, so sei es keine Frage, daß ihn die Stadt nicht bauen wird, sondern der Staat bauen muß und Karlsruhe sich nur mit einem Zuschuß betheiligen werde. Der Besitz der Appenmühle werde aber an dem Zuschuß keinen Pfennig ändern. Er halte die Vorlage derzeit nicht für nothwendig, denn das Kanalprojekt sei bis jetzt noch nicht in so weit gediehen, daß eine bestimmte Richtung verfolgt werden könne. Die Besorgniß, daß die Mühle in andere Hände übergehen werde, theile er nicht. Mit ihrem Erwerb werde man ähnliche Erfahrungen machen, wie mit dem Griesbach'schen Anwesen. Er halte die Angelegenheit noch nicht für spruchreif und beantrage deren Verweisung an eine Kommission zur nochmaligen Prüfung. — Stadtv. Schneider hält den Kauf für besser jetzt als später. Die Frage des Kanalbaues fasse er ziemlich rosig auf. In dieser Frage unterscheide man drei Perioden. Schon als Karlsruhe noch eine kleine Stadt war, habe man in Handelskreisen die Ueberzeugung gehabt, daß eine kommerzielle Entwickelung der Stadt nur durch einen Kanal möglich sei. Die zweite Periode ist die, als durch die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit Deutschland am Oberrhein eine Handelsmetropole geschaffen wurde. Die Zeit, als Baudirektor Honsell nachwies, daß der Rhein schiffbar zu machen sei, betrachte er als das Morgenroth für das Kanalprojekt. Von diesem Moment an sei die Möglichkeit vorhanden, auch mit geringen Mitteln zum Ziele zu kommen. Honsell verlege den Hafen nach Mühlburg. Die Kosten eines Kanals nach diesem Projekt könnten aufgebracht werden und müßten aufgebracht werden. Der Hafen in Maxau sei vollkommen ungenügend. Einer Verweisung der Vorlage an eine Kommission zur Prüfung, ob sich ein billigerer Kaufpreis erzielen lasse sei er nicht entgegen. — Stadtv. Fieser ist ebenfalls einer Verweisung der Vorlage an eine Kommission nicht entgegen. — Oberbürgermeister Schnetzler bemerkt, daß eine solche Kommission gleich zusammentreten müßte, weil die Besitzerin der

Appenmühle nur bis zum 1. Oktober gebunden sei und bis zu jenem Termin die Mühle auch verpachtet sein müßte, weil da für die Mühle die beste Zeit beginne. Was die Sache selbst betreffe, so bemerke er, daß er die Gründe, die Stadtv. Weill angeführt, wohl zu würdigen verstehe und daß sie auch im Stadtrath sorgfältig erwogen wurden. Der Betrag, der für den Ankauf der Mühle aufgewendet würde, werde nicht rentiren, aber die Gefahr liege vor, daß ein Anderer das Anwesen kauft, weil er weiß, daß die Stadt die Appenmühle haben müsse. Die Regierung habe ihren prinzipiell ablehnenden Standpunkt in der Kanalfrage aufgegeben und es sei zu erwarten, daß der Kanal gebaut werde. Wenn Stadtv. Weill den Ankauf des Griesbach'schen Anwesens als abschreckendes Beispiel anführt, so bemerke er, man solle sich im Gegentheil darüber freuen, weil sonst das Bezirksamt voraussichtlich in den Hardtwald oder sonst auf einen in der Peripherie der Stadt gelegenen Platz gekommen wäre, was eine große Belästigung des Publikums bedeuten würde. Ferner habe Stadtv. Weill auf die Spekulation mit Grundstücken an der oberen Alb hingewiesen. Auch das sei erwogen worden. Wenn der Kanal gebaut werde, so werde er nicht, wie das Schück'sche Projekt annimmt, auf dem Hochgestade, sondern im Tiefgestade gebaut und in diesem Theile können keine Spekulationen gemacht werden, weil das in Betracht kommende Terrain bis fast Grünwinkel zur Appenmühle gehöre. Weiter komme noch die Einrichtung eines Isolierhauses hinzu. In Anbetracht all' dieser Umstände sei das Opfer, das die Stadt für den Erwerb bringen müsse, nicht so groß als es auf den ersten Blick hin scheine. Immerhin sei es groß genug und eine genügende Verzinsung des Kaufpreises nicht zu erwarten. Die Mühle solle, wie bisher, weiter betrieben werden, da es zwecklos sei, mehr Geld hineinzustecken. Was Stadtv. Weill weiter gesagt, daß die Appenmühle zur Hälfte des geforderten Preises angeboten, sei ihm nicht bekannt und auch kaum glaubhaft. Müller Schmidt habe die Mühle seit Jahren zum Kauf angeboten, weil er geglaubt hat, die Stadt brauche die Wasserkraft für elektrische Beleuchtung. Auf das Angebot sei man aber nicht weiter eingegangen, weil die Anlage für elektrische Beleuchtung nicht geeignet sei. Stadtv. Schwindt weist auf die Gefahr hin, daß die Mühle in andern Besitz übergeht, wenn zu lange gezögert wird, was namentlich ein Hinderniß sein wird, wenn der Kanal zur Ausführung gebracht werden soll. Immerhin müsse der Kommission länger als acht Tage Zeit zur Prüfung gelassen werden. — Stadtv. Glockner ist ebenfalls für Kommissionsverweisung. Sowohl der Kaufpreis wie die Werthangabe der Wasserkraft hält er für zu hoch. — Stadtv. Delisle: Wenn die Anlage des Kanals auf dem Hochgestade fallen gelassen und das Projekt Honsell, das den Kanal nach Mühlburg verlegt, zur Ausführung gelangen sollte, so scheine ihm, als wäre der Ankauf der Appenmühle nicht unter allen Umständen für die Erbauung des Kanals nothwendig. Er möchte darauf aufmerksam machen, daß die Kommission auch diesem Umstand ihre Aufmerksamkeit schenkt. — Stadtv. Weill hält seine Einwendungen bezüglich der Spekulation nicht für widerlegt. Bis der Kanal zur Erbauung gelangt, werden noch 5 bis 6 oder mehr Jahre vergehen. Während dieser Zeit werde sich das Kapital durch ungenügende Verzinsung wesentlich erhöhen. Bei einer späteren Expropriation käme man auch im ungünstigsten Falle mit einem geringeren Opfer aus. — Stadtrath Schüssele glaubt nicht, daß die Besitzerin der Mühle mit der Kaufsumme werde heruntergehen, da ihr sonst, nach Abzug der auf dem Kaufobjekt lastenden Schulden, die Mittel zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse nicht mehr zur Verfügung stünden und sie dann vortheilhafter das Mühlengeschäft fortsetze. — Stadtv. Friedberg möchte, daß schon heute abgestimmt werde. Er sei zwar ein Freund des Kanals, sehe aber die Sache doch nicht rosig an. Es sei ihm von unterrichteter Seite gesagt worden, daß das Kanalprojekt noch sehr in der Luft schwebe. Eine kommerzielle Entwickelung lasse sich auch durch Verbilligung der Eisenbahnfrachten herbeiführen. Wenn der Fall eintreten sollte, daß der Staat den Kanal nicht zustimmt, dann frage sich, ob die Stadt aus eigenen Mitteln den Kanal erbauen kann. Dann komme die zweite Frage, ob schon jetzt Grundstücke erworben werden sollen. Er müsse der Vorlage die Zustimmung versagen. — Stadtv. Fieser widerspricht dem Vorredner. Wenn die Frage gestellt werde, ob für oder gegen den Kanal, und eine Ablehnung mit nichtssagenden Befürchtungen begründet werde, dann werde er für die Vorlage stimmen. In der Stadtverordnetenversammlung müsse gegen eine solche Behandlung der Frage, wie es Stadtv. Friedberg gethan, protestirt werden. Bis jetzt habe er sich an der Kanalfrage nicht betheiligt, da ihm das Schück'sche Projekt der Kosten wegen als undurchführbar erschienen sei. Einen bis zum Hochufer des Rheins bei Mühlburg führenden Stichkanal halte er dagegen für ausführbar. Wenn der Rhein schiffbar gemacht werden kann von Mannheim bis Straßburg, dann müsse Alles daran gesetzt werden, daß die Schiffbarmachung durchgesetzt werde und dann könne die Verbindung der Stadt Karlsruhe mit dieser in der Nähe vorüberziehenden Schifffahrtsstraße nicht mehr in Frage stehen. Er wisse wohl, daß die finanzielle Lage des Staates nicht glänzend ist, bei einem solchen Kanalbau handle es sich aber nicht um große Summen, sondern um Summen, wie sie für verschiedene untergeordnete Bahnen in verschiedenen Landesgegenden verausgabt worden sind. Das Projekt gewinne sofort an Aussicht, wenn es in einer festen Gestalt auftritt. Redner tritt nochmals für den Antrag Weill ein. — Stadtv.-Vorstand Schneider konstatirt, daß der Stadtverordnetenvorstand beschlossen habe, den Antrag des Stadtraths zu empfehlen, hält aber heute die Kaufsumme für die Appenmühle gleichfalls für zu hoch. In Frankreich würden alle Kanäle vertieft und es wird nicht mehr lange dauern, daß die englischen Kohlen bis nach der Schweiz und Italien zu Schiff gebracht werden könnten. Dadurch würde der westfälischen Kohle das Absatzgebiet abgeschnitten. Die Reichsregierung habe ein Interesse daran, daß der Rhein kanalisirt werde und er glaube fest, daß dies auch geschehen werde. — Stadtv. Ettlinger stimmt Stadtv. Schneider zu. Es handle sich nicht lediglich um billigere Tarifirung der Frachten, sondern darum, daß Karlsruhe an's Wasser kommt. — Oberbürgermeister Schnetzler bemerkt noch, es sei in einer Weise auf die Schück'sche Broschüre hingewiesen worden, als ob der Stadtrath die darin enthaltenen Vorschläge sich zu eigen gemacht habe. Das sei nie der Fall gewesen. Früher sei von seinem Amtsvorgänger das Projekt eines rechtsrheinischen Kanals Mannheim-Kehl-Straßburg verfolgt worden; es wurde aber von der Regierung nahe gelegt, nichts mehr in der Angelegenheit zu thun, weil dadurch die Interessen des Landes geschädigt würden und die Ausführung eines linksrheinischen Kanals gefördert würde. Darauf sei dann nichts mehr geschehen, bis der Bau der strategischen Bahn gekommen. Die Generaldirektion der Eisenbahnen habe bei Mittheilung der Pläne der neuen Bahnanlage bemerkt, daß sie bei der Anlage des Mühlburger Bahnhofes auf die mögliche Erbauung eines Kanals Rücksicht nehmen würde. Diese Bemerkung, aus welcher zu entnehmen war, daß die großh. Regierung ihre grundsätzlich ablehnende Stellung aufgegeben habe, in Verbindung mit dem Umstand, daß die Rheinschifffahrt thatsächlich bis Kehl bezw. Straßburg, betrieben wurde, habe ihm — dem Oberbürgermeister — Veranlassung gegeben, die Kanalfrage wieder aufzugreifen und die Ausarbeitung eines Projekts zu beantragen, wobei hauptsächlich bezweckt wurde, zu verhindern, daß der Güterbahnhof in einer für den Kanal präjudizirlichen Weise angelegt werde. Stadtbaumeister Schück habe das Projekt in sehr kurzer Zeit fertigen müssen und auch Diejenigen, welche wie Redner der Ansicht seien, daß dieses Projekt der hohen Kosten wegen keine Aussicht auf Verwirklichung biete, müßten anerkennen, daß durch die Schück'sche Arbeit die Kanalfrage in vielfacher Hinsicht geklärt worden sei. Weiter bemerkt Redner, der Stadtrath habe sich nach Kräften bemüht, noch eine Preisreduktion bezüglich des Ankaufs der Appenmühle zu erzielen, die Besitzerin habe eine solche jedoch entschieden verweigert. Was die Schätzung der Wasserkräfte betreffe, so sei dieselbe nicht allein vom Tiefbaumeister erfolgt, sondern auch Maschineningenieur Reichert zugegen gewesen. Redner wolle übrigens der nochmaligen Prüfung der Sache durch eine Kommission nicht im Wege stehen. Die Vorlage wird nunmehr einstimmig an eine zehngliedrige Kommission, dem Antrag Weill entsprechend, zur nochmaligen Prüfung verwiesen. — Die nächste Vorlage, die zur Berathung gelangt, betrifft die Erbauung von einem Stallgebäude mit zwei Dienstwohnungen, Garderoberaum und Badeeinrichtung, einer Schlachthalle, einer Kaldaunenwäsche, einem Hundestall, einem Abortgebäude, einer Ausladerampe mit Geleiseverlegung, alles im Schlachthaus. Die Vorlage ist in eingehender Weise von Bürgermeister Krämer begründet. Oberbürgermeister Schnetzler empfiehlt dieselbe zur Annahme, ebenso der Berichterstatter der Kommission der Stadtverordneten, Stadtverordneter Dengler. — Stadtv. Glockner fragt, ob es nicht möglich sei, die, wie er höre, regelmäßig leerstehenden Ställe des Viehhofes zu Schlachtzwecken zu verwenden. — Oberbürgermeister Schnetzler erwidert, es sei irrig, daß Ställe des Viehhofes leer stehen. Bei den großen Viehmärkten seien sie so besetzt, daß Vieh zuweilen auch außerhalb untergebracht werden müßte. Das vom Ausland eingebrachte Vieh darf nicht in den Viehhof eingebracht werden, es muß daher Vorsorge für geeignete Räumlichkeiten im Schlachthof getroffen werden, wenn man nicht verhindern wollte, daß Vieh vom Ausland eingebracht würde. Geschehe das, dann würden die Fleischpreise sehr empfindlich in die Höhe gehen. Das vom Ausland eingebrachte Vieh darf nur direkt in den Schlachthof eingeführt werden. Bisher habe man sich mit einem aus Brettern hergestellten Provisorium beholfen, das sei aber auf die Dauer nicht haltbar, denn der große Viehzuzug vom Auslande müsse erhalten bleiben. — Stadtv. Kern spricht gegen die Vorlage. Die Metzger behaupteten, daß der größte Theil der Räume ausreicht und zum Theil nicht benützt würden. Er bringt sodann eine ganze Reihe von Wünschen und Klagen bezüglich der Kühlhalle, der Fleischbeschau u. s. w. vor. — Stadtv. Käppele begründet den Ausführungen des Stadtverordneten Kern gegenüber die Neubauten im Schlachthof als nothwendig und ersucht den Redner, diejenigen Metzger zu nennen, die behaupten, daß die Ställe leer stehen oder die Schlachthallen ausreichen. — Stadtv. Ettlinger unterstützt (als Mitglied der Schlacht- und Viehhofkommission die Ausführungen des Stadtraths Käppele und bezeichnet die Neubauten als ein Bedürfniß, sowohl im Interesse des Publikums als der Metzger. — Stadtv. Kern kommt nochmals auf seine Beschwerden zu sprechen und fügt denen noch den Mangel einer Abtheilung für Einstellen der Pferde bei. — Stadtv. Ulrich sagt, die Schlachthalle sei von vornherein zu klein gebaut, er halte die Erbauung einer neuen Halle für dringend nothwendig. — Oberbürgermeister Schnetzler bittet, den Metzgern zu sagen, daß sie sich mit Beschwerden über Amtshandlungen der Schlachthausverwaltung an den Stadtrath wenden mögen; die Beschwerden würden genau untersucht werden und wenn sie sich als begründet erweisen, würde auch Abhilfe geschaffen werden. In der Kühlhalleordnung sei die Bestimmung enthalten, daß die Kühlhalle zur bestimmten Stunde geschlossen werden müsse, außerdem bestehe aber auch eine Bestimmung, daß sie in dringenden Fällen mit Genehmigung des Schlachthausverwalters außer der Zeit geöffnet werden darf. Was die Untersuchung des von Hamburg eingeführten Fleisches betrifft, so erfordere es das Interesse des Publikums, daß das Fleisch gründlich untersucht wird. Würde die Beschau nicht strenge durchgeführt, man würde sich wundern, was alles für Fleisch in den Konsum käme. Die Untersuchung könne nicht wagenweise von oben herunter geschehen, dadurch würde das Publikum in eine Sicherheit gewiegt, die nicht vorhanden ist. Der Platz für das eingeführte Vieh sei unzureichend und das vorerwähnte Provisorium würde auf die Dauer von der Polizeibehörde nicht geduldet werden. — Stadtv. Ulrich wünscht, daß die Kühlhalle auch Abends eine Stunde geöffnet ist. — Oberbürgermeister Schnetzler ersucht nochmals, die Metzger möchten ihre Wünsche beim Stadtrath vorbringen, der ihnen gerecht werden würde. Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen. Der Stadtrath beantragt, daß in dem §. 32 der Begräbnißordnung derzeit lautend: „Das Verfahren bei Begräbnissen im Dienst stehender Militärpersonen ohne Offiziersrang wird durch Vereinbarung der Gemeindebehörde mit der königlichen Militärbehörde bestimmt" die Worte „ohne Offiziersrang" gestrichen werden. — Oberbürgermeister Schnetzler begründet die Vorlage. Die Militärbehörde wünsche, daß auch Militärpersonen mit Offiziersrang von der Leichenhalle mit einer Trauerparade abgeholt werden dürfen, namentlich wenn der betreffende Offizier nicht auf dem hiesigen Friedhof beerdigt, sondern mit der Eisenbahn nach Auswärts gebracht wird. Bei den Verhandlungen mit der Polizei und der Militärbehörde wurde ausdrücklich erklärt, daß der Stadtrath unter keinen Umständen die Hand dazu bieten werde, daß die aus sanitätspolizeilichen Gründen festgelegte Bestimmung, wornach die Leichen innerhalb 36 Stunden aus dem Hause entfernt werden müssen, für Offiziere keine Anwendung finde. Die Leichen dürften dagegen in die Leichenhalle des Militärspitals verbracht werden. Die Militärbehörde ist damit einverstanden gewesen. Redner empfiehlt die Annahme der Vorlage. — Stadtv. Glaser empfiehlt Seitens des Stadtverordnetenvorstandes die Vorlage zur Annahme und bringt die mangelhafte Verkehrsverbindung nach dem Friedhof zur Sprache. Die Bahn nach Spöck genüge dem Bedürfniß durchaus nicht. Er befürwortet, der Stadtrath möge erwägen, ob nicht durch einen Pferdebahnverkehr eine bessere Verbindung mit dem Friedhof hergestellt werden könne. — Stadtv. Layh wünscht eine Vermehrung der Sitzplätze in der Friedhofkapelle. — Oberbürgermeister Schnetzler sagt zu, die vorgebrachten Wünsche in Erwägung zu ziehen. Es sei unglaublich, wie wenig die Verwaltung der Lokalbahn den Betrieb der Bahn den Bedürfnissen des Publikums anzupassen vermöge. Die Fahrpläne würden nicht genügend bekannt gemacht. Auch der gewünschte häufige Verkehr der Lokalzüge innerhalb der Stadt werde nicht ausgeführt, sei auch mit den großen Maschinen und Wagen nicht gut möglich. In jüngster Zeit sei nun zwar ein Motorwagen eingestellt, aber Niemand wisse, wann er fährt und wo er hält. Vielleicht schaffe eine Konkurrenz Besserung. Der Antrag des Stadtraths wird angenommen. — Die Vorlage, betreffend Herstellung der Gas- und Wasserleitung vor der neuen Infanteriekaserne, wird zurückgezogen. — Die folgende Vorlage betrifft den Antrag des Stadtraths, in der Rintheimerstraße auf die Strecke von 80 Mt., von der Georg Friedrich-Str. an, einen Kanal zu erstellen und den damit verbundenen Aufwand von 2700 M. aus Anlehensmitteln zu bestreiten. — Seitens des Stadtraths empfiehlt Bürgermeister Siegrist, Seitens des Stadtverordnetenvorstandes St.-V. Ettlinger die Vorlage zur Annahme. Letzterer regt die Ueberwölbung des Landgrabens, Ecke der Kriegs- und Kapellenstraße, an. Oberbürgermeister Schnetzler erwidert, es sei bisher zugewartet worden, ob ein Angrenzer die Ueberwölbung ausführen lasse; auch habe man geglaubt, das Zoller'sche Anwesen ankaufen zu können. Doch hätten sich die Verhandlungen zerschlagen. Nach kurzen Bemerkungen der St.-V. Ludin und Kern wird die Vorlage angenommen. — Weiter wurde noch der Antrag des Stadtraths angenommen, daß die Stadtgemeinde die Verpflichtung übernimmt, die aus den Mitteln der Stiftung von Philippine Großholz erbaute Speisehalle auf Kosten der Stadt zu unterhalten und zu betreiben, sowie diese Speisehalle, Falls sie aus dringenden Gründen von dem jetzigen Aufstellungsorte entfernt werden muß, an einen andern geeigneten Platz zu verlegen. Bürgermeister Siegrist begründet die Vorlage, die Seitens des Stadtverordnetenvorstandes St.-V. Glaser zur Annahme empfiehlt.

Rechtspflege.

*** **(Tagesordnung des großh. Landgerichts Karlsruhe. 2. Strafkammer.)** Samstag, 14. Juli, Vorm. 9 Uhr: J. A. S. gegen Johanna Frank von Philippsburg wegen Diebstahls. — J. A. S. gegen Bertha Mackle von Mingolsheim wegen Betrugs. — J. A. S. gegen Emil Kollmar aus Pforzheim wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung. — J. A. S. gegen Josef Heckert aus Elsenz wegen Körperverletzung. — J. A. S. gegen Christian Britsch aus Büchenbronn wegen Körperverletzung. — J. A. S. gegen Wilhelm Karle aus Zaisenhausen wegen Bestechung. — J. A. S. gegen Gustav Adolf Schmidt aus Großsachsenheim wegen Diebstahls. — J. A. S. gegen Arthur Raible von Pforzheim wegen Diebstahls. — J. A. S. gegen Gottlieb Seiter aus Freiolzheim und Barbara Kirchherr von Grumbach wegen Uebertretung des §. 72 P.-St.-G.-B.

= **Freiburg**, 10. Juli. (Schwurgericht.) Soeben fand die Verhandlung gegen Josef Rümmele von Schönau wegen räuberischen Ueberfalls ihren Abschluß. Der Angeklagte Rümmele überfiel am 14. Juni den hiesigen Privatier Friedrich Sauer im Abort des Hauptbahnhofs. Rümmele schlug dem Sauer mit einem großen Stein von hinten auf den Kopf, so daß letzterer bewußtlos umfiel. Sodann versuchte der Angeklagte Sauer auszurauben, wurde jedoch durch den wieder erwachenden und nach Hilfe rufenden Sauer in die Flucht getrieben und am Ausgang des Bahnhofs mit vieler Mühe festgehalten. Die freche That geschah am hellen Tage. Rümmele hatte zwei Tage vorher das Zuchthaus verlassen, allwo er wegen eines in Konstanz verübten Uhrendiebstahls und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt eine vierjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen gehabt hatte. 1 Jahr war ihm guter Führung wegen geschenkt worden. 2 Tage nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus verübte er diese That, nachdem er vorher das im Zuchthaus verdiente Geld (34 M.) mit Dirnen verpraßt hatte. Das Urtheil lautete auf 9 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Handelsnachrichten.

)-(**Würzburg**, 10. Juli. Der heutige Großviehmarkt war überaus stark mit Gang- und Mastochsen, sehr gut mit Jungvieh und Kälberkühen betrieben und von vielen norddeutschen Händlern besucht. Die Kauflust war rege, so daß der ganze Zutrieb in verhältnißmäßig kurzer Zeit bei hohen Preisen aufgekauft wurde. Es kosteten: Gang- und Mastochsen 1. Sorte 1050 bis 1250 M., Ausstich 1300 M., 2. S. 950 bis 1050 M., 3. S. 740 bis 880 M., das Paar. Kühe 200 bis 350 M., Jungrinder 100 bis 170 M. das Stück. Dienstag, den 24. Juli: Großviehmarkt. Dienstag, den 7. August: Zuchtbullenprämiirungsmarkt und Großviehmarkt. Dienstag, den 14. Aug.: Schafmarkt.

Drahtberichte.

* **Hamburg**, 11. Juli. Im Freihafen entstand heute Nacht am Kehrwerder in Speicher 5 ein Brand, der sich auf Speicher 4 ausdehnte und bedeutenden Schaden anrichtete. Große Mengen von Kaffee und Tabak sind verbrannt. Der Schaden beträgt 1½ Millionen Mark. In 5 Stunden war das Feuer bewältigt. Es ist Niemund verletzt.

* **Wien**, 11. Juli. Die Wiener Zeitung veröffentlicht die Handelsübereinkunft zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland.

* **Paris**, 11. Juli. Der Figaro erfährt, das internationale Uebereinkommen betr. die Unterdrückung der Anarchisten wird sich auf polizeiliche Maßnahmen beschränken. Die Anarchisten sollen ständig überwacht, die ausländischen ausgewiesen oder nach ihrem Heimathlande abgeschoben werden. Die Schweiz ist den Vorschlägen günstig gestimmt. Italien bekämpfe dieselben. Die Maßregeln würden vor Oktober in Kraft treten.

* **Brüssel**, 11. Juli. Eine bedeutende Feuersbrunst zerstörte heute früh binnen Kurzem das in dem Pavillon der Markthallen errichtete Theater. Das im Keller gelegene Eismagazin wurde mit sämmtlichen lagernden Viktualien vernichtet. Der Schaden beträgt eine Million. Menschen sind nicht verunglückt.

* **Madrid**, 11. Juli. Die Kammer ertheilte dem Präsidenten der Kammer ein Vertrauensvotum; derselbe zog sein Entlassungsgesuch hierauf zurück.

* **Madrid**, 11. Juli. Die Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, nach welchem die Errichtung von Niederlagen französischer für Verschnitt oder Export bestimmter Weine in spanischen Häfen gestattet wird.

* **Sofia**, 11. Juli. Prinz Ferdinand ist heute Nacht mit dem Orient-Expreßzug nach Wien abgereist.

* **Konstantinopel**, 11. Juli. Gestern Mittag 12½ Uhr fanden drei starke Erdstöße statt und richteten vielfachen Schaden an. Mehrere Personen wurden verletzt, einige getödtet. Alle öffentlichen Etablissements wurden geschlossen; es herrscht großer Schrecken.

* **Chicago**, 11. Juli. Der Großmeister der Ritter der Arbeit ordnete den Ausstand an. Heute streiken fast eine Million Menschen. Der Streik soll bis zur Regelung der Arbeiterverhältnisse der Pullmann-Werke dauern. Der Anführer Debs und die übrigen Streikführer wurden gegen hohe Kaution aus der Haft entlassen.

Börsendrahtberichte.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Juli. (Anfangskurse. 12 U. 30 M.) Kreditaktien 284⅜, Staatsb. 274⅛, Lombard. 88½, 3proz. Port. 23.75, Aegypt. 103.40, Ungarn 98.70, Diskonto-Komm. 184.70 Gotthardaktien 166.80. Still.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Juli. (Frankf. Schlußkurse I. 2 U. 37 M.) Wechsel Amsterdam 168.75 London 203.88, Paris 810.25, Wien 162.55, Privatdisk. 1⅝, Napoleons 16.26, 4% Deutsche Reichsanleihe 105.90, 3% Reichsanl. 91.10, 4% Preuß. Konsols 105½, 4% Bad. in Gulden 102.90, 4% Baden in Mk. 104.90, 5% Griechen 30.80, 4proz. Monopolgriechen 34.90, 5proz. Italiener 77.70, Oesterr. Goldrente 99.15, Oest. Silberrente 79.55, österr. 1860 124.80, 4½ prozent., Portugiesen 34.60, 4% Russ. Rente 63.30.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Juli. (3 U. 00 M.) Spanier 65.—, Zolltürken 101.20, 1proz. Türken D —.—, 4% Ungarn 98.70, Argentiner 46.40, 6proz. Mexik., 57.30, Berlin. Hand.-Ges. 134.10, Darmstädter B. 135½, Deutsche B. 157.20, Disk.-Komm. 184.70, Dresdener 138.10, Oester. Länderbk. 201¼, Kreditaktien 284¾, Hess. Ludwigsb. 114.25, Lombard. 88⅞, Staatsbahn 274⅞, Elbthal 218.—, Schweiz. Nordost 117.—, Mittelmeer 77.60, Merid. 107.20, Bad. Zuckerfabrik 63.75, Nordd. Lloyd 91.55, Kreditaktien (Nachbörse) 284¼, Diskonto-Kom. 184.70, Staatsb. 274½, Lomb. 88⅛, Russ. 213.—. Tendenz still.

* **Berlin**, 11. Juli. (Anfangskurse.) Kreditakt. 210.30, Diskonto-Kommand. 184.50, Staatsb. 138.—, Lombarden 43.—, russ. Noten 219.—, Laurahütte 125.20, Harpener 134.70, Südbahn minus —.—.

1 * **Berlin**, 11. Juli. (3 U. 2 M.) Kreditaktien 210.20, Diskonto.-Komm. 184.50, Lombard. 43.20, Russ. Noten 219.— Bochumer Gußstahl 132.10, Gelsenkirchen Bergwerk 151.60, Laurahütte 125.40, Harpener 134.40, Privdisk. ⅛. Deutsche Getreidebahnen auf Steigerung Produkte nbörse höher. Fonds est Montan behauptet.

* **Wien**, 11. Juli. (Vorbörse 10 U. 20 M.) Kreditaktien 349.75, Staatsbahn 337.20, Lombarden 105.70, Marknoten 61.42, 4proz. Ungarn 121.26, Papierrente 98.10, österr. Kronenrente 97.90, Länderbank 248½, ungar. Kronenrente 95.10. Still.

* **Paris**, 11. Juli. 3proz. Rente 100.80, Spanier 64⅝, Türk. 24½, 3proz. Portugiesen 23¼, Banque ottomane 614.—, Rio Tinto 327.—.

Abendkurse.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Juli. 5 U. 52 M. Kredit 284¼, Diskonto-Ko. 184.70, Lombarden —.—, Gelsenkirchen —.—, Türk. —.—, Portugiesen 23.70, 6% Mexikaner —.—, Staatsbahn 151½. Still.

* **Berlin**, 11. Juli. Diskonto-Komm. 184½, Dortmund. 57.70, Bochumer 132.—

* **Paris**, 11. Juli. 3pr. Rente 100.80, 3pr. Portug. 23⅛, Spanier 64½, Türken 24.55, Banque ottom. 613.—, Rio Tinto 328.—, Banque de Paris 637, Ital. 76.72. Still.

Verantwortlich:
Für den politischen und allgemeinen Theil: Heinrich Flach;
für den badischen Theil: Ernst Cloß;
für den Anzeigen-Theil: Alexander Steinhauer; sämmtlich in Karlsruhe.

Konkurseröffnungen.

Kaufmann Leo Levin in Bruchsal. Eröffnungstermin 9. Juli, Anmeldefrist-Ablauf 1. August, erste Gläubigerversammlung 8. August, Prüfungstermin 8. August.

Geboren.

Karlsruhe, 9. Juli. Johanna Antonie, V. Theodor Rothweiler, gr. Oberlandesgerichtsrath. — 10. Juli. Emilie, V. Alexander Reutlinger, Lackier; Melita Luise Hermine Marie, V. Wilh. Schiller, Proviantamtsassistent.

Eheaufgebote.

Karlsruhe, 10. Juli. Stork, Sebastian, von Durmersheim, Fabrikarbeiter hier, mit Luise Claupein von Grünwettersbach.; Wunsch, Adolf, von Bermersbach, mit Marie Wunsch von da; Löffler, Johannes, von Grünwettersbach, Maurer hier, mit Magdalene Sartorius von Bretten; Margstein, Jakob, von Lambrecht, Schlosser hier, mit Barbara Hoffner von Stettfeld. — 11. Juli. Gressel, Johannes, von Durmersheim, Gypser hier, mit Karoline Maier allda; Back, Michael, von Roth, Bierbrauer hier, mit Margarethe Rastetter von Forchheim.

Gestorben.

Karlsruhe, 9. Juli. Karl, V. Albert Weigel, Installateur, 7 M. 14 T.; Franz, V. Ignaz Ehmann, Ausläufer, 3 M. 2 T. — 10. Juli. Christine Becker, Landwirths Gattin, 35 J.; Emma Colorius, 26 J.; Friedrich Marsch, Schriftsetzer, 23 J.; Marie Beyer, Mechanikers Gattin, 24 J.
Rickelshausen, 8. Juli. Aab, Frdr. Jos., Pfarrer. — Freiburg, 9. Juli. Faller, Hedwig, 33 J. — Schopfheim, 10. Juli. Schär, Marie Ernestine, 27½ J. — Heidelberg, 10. Juli. Schaber, Robert, Stadtbaumeisters Sohn, 18 J.

(Wetterbericht der deutschen Seewarte vom 11. Juli. 8 Uhr Morgens.) Das Barometrische Minimum, welches gestern vor dem Kanal lag, ist ostwärts nach der südlichen Nordsee fortgeschritten und verursacht über dem westlichen Deutschland trübe, regnerische Witterung, in Süddeutschland frische bis stürmische südwestliche Winde. Am höchsten ist der Luftdruck über dem Innern Rußlands. Das Wetter ist in Deutschland im Osten warm, im Süden ziemlich kühl, während im Nordwesten nahezu normale Wärmeverhältnisse herrschen. Im deutschen Binnenlande fanden zahlreiche Gewitter mit Regenfällen statt, wobei in Mühlhausen 37 mm. Regen fielen; auch in Frankreich sind große Regenmengen gefallen. Da das Minimum ostnordostwärts fortschreitet, so dürfte für Deutschland regnerisches Wetter und ostwärts fortschreitende Abkühlung, zum Theil mit Gewittererscheinungen zu erwarten sein.

Witterungsbeobachtungen
der meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barometer.	Therm. Celsius.	Abs. Fgt.	Rel. Fgt.	Wind.	Himmel	Bemerkung.
10. Juli. Nachts 9 U.	739,6	20 6	13,5	74	Still	bedeckt	Regen
11. Juli. Mrgs. 7 Uhr	738,3	18 6	10 2	64	SW	„	—
Mittags. 2 U.	742,3	19,6	9,4	55	„	„	—

Höchste Temperatur am 10. d. 24,0; niedrigste heute Nacht 15,5;
Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 7,4 mm.

Maxau, 11. Juli. Wasserst. des Rheins 4 Met. 09 Cent., gest. 5 Cent.

Süddeutsche Versicherungsbank
für Militärdienst & Töchter-Aussteuer Karlsruhe.
Im ersten halben Jahre wurden beantragt:
M. 2.127.000 und es sind abzüglich der abgelehnten
M. 2.058.200 mit einer Prämien-Einnahme von
M. 78.121.93 Pf. in Kraft getreten, Stornirt wurden
M. 338.795, so daß ein Netto-Zugang von
M. 1.719.465 zu verzeichnen ist.
Die Gesammtversicherungssumme betrug am 30. Juni 1894:
M. 6.156.780.
Im Vergleich zu 1893 wurden im gleichen Zeitraum dieses Jahres 2½ mal und gegen 1892, 5 mal so viel erzielt. 2827.1.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.